

wendung der §§ 135, 136 Nr. 1 a. c., 154 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 (Bundesgesetzblatt Seite 317) zu Strafe verurtheilt, weil er ein von ihm in den Zollverein eingeführtes Gemisch von Olivenöl und Baumwollsamensöl als reines Olivenöl italienischer Provenienz zur zollfreien Einfuhr nach erfolgter Denaturierung deklariert hat, beziehungsweise hat deklarieren lassen, während das fragliche Gemisch überall keinerlei Zollfreiheit zu beanspruchen, vielmehr in Gemäßheit der Vorbemerkung 3 f, Absatz 2 und der Anmerkung 3 zu der Position „fette Oele“ auf Seite 258 des amtlichen Waarenverzeichnisses den für Olivenöl schuldigen Eingangszoll zu entrichten hatte. Insofern erscheint die Gesetzesanwendung frei von Rechtsirrtum und die vom Angeklagten hiergegen erhobene, jeder weiteren Begründung ermangelnde Beschwerde verfehlt. Streits und zweifelhaft bleibt hierbei nur die Frage, ob, wie die Staatsanwaltschaft verlangt, das fragliche Gemisch nach dem für Olivenöl in Fässer bestehenden Satz des Generaltarifs sub 26 b mit 10 Mark pro 100 Kilogramm (Reichsgesetzblatt 1885 Seite 145), oder, wie das ausgefochtene Urtheil annimmt, nach der durch den deutsch-italienischen Handelsvertrag vom 4. Mai 1883 Tarif A (Reichsgesetzblatt Seite 118) für Olivenöl italienischer Provenienz festgesetzten Position des Vertragstarifs mit 4 Mark pro 100 Kilogramm zu verzollen und hiernach die Defraudationsstrafe zu berechnen ist. Obwohl nicht verkant werden soll, daß die von der Vorinstanz vertretene Auffassung Gründe der Billigkeit für sich zu haben scheint, so sprechen doch überwiegende Momente für den Standpunkt der Revision. Die, Kraft besonderer internationaler Stipulationen, den sogenannten Vertragsstaaten bewilligten Tarife sind Ausnahmetarife, und als solche im engsten Sinne auszulegen. Wenn beispielsweise der deutsch-italienische Vertragstarif vom Jahre 1883 zu Gunsten Italiens nur 22 einzeln aufgeführte Artikel, zu Gunsten Deutschlands sogar nur 4 dergleichen privilegiert, und bei Del im Tarif noch besonders unterschieden wird zwischen „Speiseöl in Flaschen oder Krügen“ und „Olivenöl in Fässern“, so darf angenommen werden, daß die kontrahierenden Staaten hiermit genau den Umfang der einander einzuräumenden Zollvergünstigungen begrenzt haben wollten. In Ermangelung jedes sonstigen im fraglichen Handelsvertrage vorfindlichen Vorbehalts muß ferner vorausgesetzt werden, daß wie das Schlußprotokoll zu dem neueren Handelsvertrage vom 6. Dezember 1891 ausdrücklich bestimmt (Reichsgesetzblatt 1892, Seite 178), die Auslegung

der einzelnen Positionen der Autonomie desjenigen Staates, welcher den Eingangszoll zu erheben hat, überlassen ist. Streitigkeiten über die Anwendung und Auslegung der Vertragsbestimmungen können, so lange das im Schlußprotokoll gewünschte Schiedsgericht nicht konstituiert ist, nur auf internationalem Wege ihre Erledigung finden. Hält man dies fest, so ergeben sich hieraus zwei Folgerungen. Deutschland hat Italien gegenüber lediglich für das letzteren Olivenöl als italienisches Erzeugniß den niedrigen Zollsatz von 4 Mark pro 100 Kilogramm eingeräumt. Unter „Olivenöl“ kann man nur reines Olivenöl verstehen, nicht irgend welche Mischungen, welche irgend welche Bestandtheile von Olivenöl mit enthalten. Solche Gemische fallen von vorne herein nicht unter den Vertragstarif, sondern zweifellos unter den Generaltarif und dessen „Vorbemerkung“ 3 f, Absatz 2, beziehungsweise Anmerkung 3 sub Position 26 des Waarenverzeichnisses. Zum Zweiten aber darf gefolgert werden, daß auch das in einem derartigen Gemisch enthaltene italienische Olivenöl schlechthin außerhalb des Vertragstarifs liegt, und das Gemisch, ohne jede Rücksicht auf die Herkunft der einzelnen Stoffe, ausschließlich nach dem durch den Generaltarif für den höchstbesteuerten Bestandtheil festgesetzten Eingangszoll zu tarifiren ist. Vorliegenden Falls handelt es sich um ein Gemisch, welches Baumwollsamensöl und Olivenöl im Verhältniß von 5:1 enthielt. Es ist klar, daß dieses zu $\frac{5}{6}$ aus Baumwollsamensöl — voraussichtlich nicht italienischen Ursprungs — bestehende Gemisch weder formell, noch materiell beanspruchen kann, als „Olivenöl“ italienischer Provenienz behandelt zu werden. Daß Baumwollsamensöl zufällig nach dem Generaltarif denselben Eingangszoll von 4 Mark zu entrichten hat, wie italienisches Olivenöl, ändert an der Erwägung Nichts, daß sich anderweite Mischungen von Olivenöl und anderen Substanzen denken lassen, in denen die einer geringen Quantität italienischen Olivenöls zugesetzte Substanz nach dem Generaltarif oder einem anderweiten Vertragstarif einen höheren Eingangszoll zu tragen hat, als vertragmäßig das italienische Olivenöl entrichtet. Es ist nicht abzusehen, nach welchen Grundsätzen hiernach Deutschland verpflichtet sein sollte, derartige Gemische unter unsicheren Vergleichen der Tarifsätze verschiedener Vertragstarife und des Generaltarifs irgendwie günstiger zu behandeln, als es der Generaltarif vorschreibt.

Persönliche Dienstverhältnisse der Beamten.

Erlaß des kgl. Pr. Finanz-Ministers
d. d. Berlin, den 12. April 1892 III 1186.

Euer Hochwohlgeboren lasse ich hierbei einen Abdruck der durch Allerhöchsten Erlaß Seiner Majestät des Kaisers und Königs vom 14. Dezember v. J. genehmigten Bestimmungen, betreffend die Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Dienstalter der Civilbeamten zur Nachricht und entsprechenden Beachtung zugehen.

Ich bemerke dabei Folgendes:

1. Die Bestimmung unter Ziffer 2 wird auf die Subalternbeamten der Verwaltung der indirecten Steuern keine Anwendung finden, da die zuvorige Ableistung des Militärdienstes als Bedingung für die Annahme als Steuer-Supernumerar festgesetzt ist und der Fall, daß ein Beamter infolge der Erfüllung der Dienstpflicht die Befähigung zur Bekleidung des Amtes im Civildienste später erlangt, ausgeschlossen ist. Mit Rücksicht hierauf bleibt es auch ferner bei der durch die Verfügung vom 28. Mai 1887 — III 4346 — getroffenen Bestimmung, wonach das Dienstalter derjenigen Supernumerare, denen die Annahme ohne zuvorige Ableistung des Militärdienstes ausnahmsweise gestattet wird, sowie derjenigen, die zwar unter der Bedingung der nachträglichen Ableistung

jenes Dienstes angenommen, demnächst aber vom Militärdienste befreit bleiben, nicht vom Tage der Bereidigung als Supernumerar, sondern um ein Jahr später zu bestimmen ist.

2. Da die Militärämter ihre erste Anstellung bei der Verwaltung der indirecten Steuern als Grenzaufseher oder als Unterbeamte zu erhalten pflegen, so wird die Bestimmung unter Ziffer 3 nur in denjenigen seltenen Fällen zur Anwendung zu bringen sein, wo bei Befetzung etatsmäßiger Kanzlistenstellen auf Personen zurückgegriffen wird, die der Militärpflicht genügt haben und in der Kanzlistenstelle ihre erste etatsmäßige Anstellung finden.

3. Auf Grenz- oder Steueraufseher finden die Bestimmungen ebenjowenig, wie auf Unterbeamte Anwendung.

Bestimmung betreffend die Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Dienstalter der Civilbeamten.

1. Den höheren Beamten, bei denen die Fähigkeit der Bekleidung ihres Amtes von dem Bestehen einer Prüfung abhängt, wird bei Bestimmung des Dienstalters, sofern dieselbe gemäß dem Zeitpunkte des Bestehens der Prüfung zu erfolgen hat, die Zeit, welche sie während ihrer Studienzeit oder ihres Vorbereitungsdienstes in Erfüllung der activen Dienstpflicht